

06.09.14 | NVA-Bausoldaten

## Das Leiden der Wehrdienstverweigerer in der DDR

Am 7. September 1964 führte die DDR den "Wehrersatzdienst" ein. Der hatte mit zivilen Aufgaben nichts zu tun, sondern war Teil der NVA.

Schikane war das geringste, was die "Bausoldaten" erwartete. *Von Florian*

*Stark*



*Foto: picture alliance/dpa*

Der "Wehrersatzdienst" der DDR wurde zwar ohne Waffe, aber in Uniform geleistet. Die Schulterklappen trugen einen Spaten, der die Bausoldaten zudem stigmatisierte

Was sich der Nationale Verteidigungsrat der DDR unter einem "Wehrersatzdienst" vorstellte, verpackte er in seiner Anordnung vom 7. September 1964 über die Aufstellung von "Baueinheiten" in allerlei Rhetorik. So hieß es in Paragraf eins: "Er wird ohne Waffe durchgeführt." Gefordert werde Mitarbeit bei Straßen- und Verkehrsbauten und Einsatz bei Katastrophen. Auch würde von den Wehrersatzdienstleistenden kein Fahneid, sondern nur ein Gelöbnis verlangt.

Das aber hatte es in sich, hieß es doch darin: "Ich gelobe: ... meine Kraft für die Erhöhung ihrer (der DDR; d. Red) Verteidigungsbereitschaft einzusetzen (und) ... durch gute Arbeitsleistungen aktiv dazu beizutragen, dass die Nationale Volksarmee an der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder den sozialistischen Staat gegen alle Feinde verteidigen und den Sieg erringen kann." Um das sicherzustellen, wurden den Angehörigen der Baueinheiten "bewährte Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Nationalen Volksarmee" vorgesetzt.

Mochte der zentrale Satz der Anordnung – "zum Dienst in den Baueinheiten werden solche Wehrpflichtigen herangezogen, die aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen" – noch an das in Artikel 4 des Grundgesetzes festgelegte Recht auf Kriegsdienstverweigerung erinnern, so stellten die Ausführungsbestimmungen unmissverständlich klar: Die sogenannten Bausoldaten (BS) waren reguläre Soldaten, die vollständig in die militärischen Strukturen der Nationalen Volksarmee (NVA) samt Überwachung durch die Staatssicherheit eingebunden waren. Sie standen auf der untersten Stufe der militärischen Hierarchie und waren nicht nur während ihres Dienstes Diskriminierungen und Repressalien ausgesetzt.

Dass die DDR als einziges Land der sozialistischen Staatengemeinschaft einen Militärdienst ohne Waffe ermöglichte, entsprang einem politischen Kalkül. Zweieinhalb Jahre nach Einführung der Wehrpflicht wurde deutlich, dass zumal christlich geprägte Menschen

durchaus bereit waren, ihrem Gewissen zu folgen und dafür auch ins Gefängnis zu gehen. Um diesem Konflikt mit den Kirchen zu entgehen und damit dem kapitalistischen Klassenfeind im Westen keine Angriffsflächen zu bieten, entstand das Konzept der Baueinheiten.

### 3300 Bausoldaten in Prora

"Der SED-Staat hat mit dem Gesetz eine Kompromissvariante gefunden und versucht, auf diese Art die Oppositionsfront zu befrieden", sagt der frühere DDR-Oppositionelle Heiko Lietz. Als Totalverweigerer wurde Lietz 1967 in Rostock in Untersuchungshaft genommen. Später leistete er seine Wehrpflicht bis 1969 als Bausoldat in Torgelow ab. "Der Dienst als Bausoldat war ein schlechter Kompromiss, da die Ambivalenz blieb", resümiert Lietz. Seine Zeit als Bausoldat habe er als sehr problematisch empfunden.

Rund 15.000 junge Männer verweigerten als Bausoldaten in der DDR den Dienst an der Waffe – 3300 von ihnen in Prora auf der Insel Rügen, wo das NS-Regime ab 1933 eine riesige Kraft-durch-Freude-Feriansiedlung (Link: <http://www.welt.de/4097340>) errichtet hatte. Ab 1982 wuchs Prora aus militärstrategischen Gründen zum größten Bausoldatenstandort in der DDR. In unmittelbarer Nähe des NVA-Stützpunktes wurde der Fährhafen Sassnitz-Mukran errichtet, der der DDR nach den aufkeimenden Protestbewegungen in Polen einen alternativen Transportweg in die Sowjetunion sichern sollte.

In einem Forschungsprojekt hat das Prora-Zentrum (Link: <http://www.prora-zentrum.de/>) seit 2012 mit Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landesbeauftragten für Stasiunterlagen Interviews mit Zeitzeugen geführt, die Einblick in den Alltag der Waffenverweigerer geben und beschreiben, welchen Repressalien Bausoldaten ausgesetzt waren – von der kurzfristig verhängten Ausgangs- und Urlaubssperre bis zum Arrest bei Verstößen. Daraus ist eine Ausstellung entstanden, die zunächst in Prora und anlässlich des Bausoldatenkongresses 2014 (Link: <http://ev-akademie-wittenberg.de/bausoldatenkongress>) (5. bis 7. September) in Wittenberg gezeigt wird. Bereits am kommenden Sonntag werden zwei "Zeitsplitter" der künftigen Dauerausstellung (Link: <http://www.proraer-bausoldaten.de/>) in Prora präsentiert. 16 weitere sollen in den nächsten Jahren folgen.

Ausschnitte aus Dokumenten der Stasi-Unterlagenbehörde zeigen, wie der DDR-Geheimdienst Informationen unter den regimekritischen Soldaten abschöpfte, die als "Konzentration negativ-feindlicher Kräfte" in der DDR gedeutet wurden. Bei der Operation "Pazifist I/84" gab die Stasi einem hauptamtlichen Mitarbeiter mit dem Decknamen "Reinhard Kopernikus" eine neue Identität als Bausoldat, um das Ohr nah an den potenziellen Staatsfeinden zu haben.

### Einsatz ohne schwere Technik

Der später als IM-Informant enttarnte Rechtsanwalt Wolfgang Schnur betrieb von 1973 bis 1978 eine Kanzlei in Binz. Als IM "Dr. Ralf Schirmer" baute er engen Kontakt zu den Bausoldaten in Prora auf. Das ermöglichte im Jahr 1984, dass ein Wahlbetrug bekannt wurde.

Die unbewaffneten Bausoldaten taten in regulären Pioniereinheiten Dienst. Ihre Arbeit war zunächst ganz bewusst darauf angelegt, Gewissenskonflikte hervorzurufen. Statt, wie nach westdeutschem Vorbild gefordert, in zivilen Einrichtungen Ersatzdienst zu leisten, wurden sie beim Bau von Militäranlagen wie Flugplätzen, Grenzbefestigungen oder Schießplätzen eingesetzt.

"Aus den Berichten wissen wir, dass die Tätigkeiten auf der Baustelle eine körperlich sehr schwere Arbeit waren", sagt die Leiterin des Prora-Zentrums, Susanna Misgajski. "Das Ausheben der Kabelschächte mit Spitzhacke und Spaten wurde von den Bausoldaten als Repressionen empfunden, weil die NVA-Führung ganz bewusst auf den Einsatz von schwerer Technik verzichtet hatte."

Wer sich dem Drill oder gar der Einziehung zum Militär verweigerte, riskierte drakonische Strafen. Dafür standen das Haftarbeitslager Berndshof bei Ueckermünde und ab 1968 das Militärgefängnis in Schwedt. Hier wurden Befehls- oder "Totalverweigerer" wie Angehörige der Zeugen Jehovas interniert und schikaniert.

### "Eine dunkle Zelle. Der Raum war leer."

Ein ehemaliger Insasse, der spätere Pfarrer Rainer Eppelmann, erinnert sich

(Link: <http://www.welt.de/114440584>) : "Eine dunkle Zelle. Der Raum war leer. An der Wand eine Pritsche mit Scharnieren und einem Haken." Morgens nach dem Wecken wurde die Liege hochgeklappt. Es gab keine Matratze, nicht einmal eine Decke, auch kein Kissen: "Da waren eben nur Bretter, auf die man sich legen konnte."

Ab 1975 zeichnete sich eine gewisse Lockerung ab. Bausoldaten wurden unter anderem als Hausmeister und Dienstpersonal im NVA-Erholungsheim eingesetzt. Radikal habe sich die Situation dann ab 1982 mit dem Baustart für den Fährhafen geändert, sagt Susanna Misgajski. Auch auf anderen Großbaustellen kamen Bausoldaten zunehmend zum Einsatz.

Die Diskriminierung der Bausoldaten war nach dem Ausscheiden aus dem Dienst nicht vorbei. Die Dossiers, die die Stasi über sie angelegt hatte, begleiteten ihren Lebensweg. Viele Bildungseinrichtungen oder Berufe blieben ihnen verwehrt.

Ehemalige Bausoldaten fanden in den "Regionalkreisen" der evangelischen Kirche zusammen, aus denen Foren der Friedensforschung entstanden. Im Jahr 1986 stellte die Stasi zwölf Gruppierungen

(Link: [http://www.chronikderwende.de/lexikon/glossar/glossar\\_jsp/key=cglbausoldaten.html](http://www.chronikderwende.de/lexikon/glossar/glossar_jsp/key=cglbausoldaten.html)) von ehemaligen Bausoldaten vornehmlich in Sachsen, Thüringen, Berlin und Sachsen-Anhalt fest. Es war denn auch ein Akt der Wiedergutmachung, dass 1990 mit Rainer Eppelmann ein ehemaliger Bausoldat zum letzten Verteidigungsminister der DDR berufen wurde.